

Der Westen gegen Demokratie

Leonid Savin

Die Haltung der Staatsoberhäupter der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und auch der Leiter der EU-Kommission zu den Referenden in den vom Neonaziregime befreiten Gebieten der Regionen Saporoschje und Cherson sowie in der DVR und der LPR (wo sie wiederholt abgehalten werden) zeigt den endgültigen Bruch des Westens mit demokratischen Traditionen.

Das klingt provokant. Aber es ist eine Tatsache. Die Demokratie als solche ist kein absoluter Indikator für die Überlegenheit eines politischen Systems. Nach Platon nimmt die Demokratie den vorletzten Platz in der Rangliste der Regierungsformen ein. In der klassischen athenischen Demokratie hatten Frauen, Sklaven und Ausländer kein Wahlrecht (d. h. kein Recht, an der Diskussion politischer Angelegenheiten teilzunehmen). Doch im Westen ist die Demokratie seit der Aufklärung zu einer Art Fetisch geworden, den man allen als Bezugspunkt für das politische System zu zeigen begann. Die Äußerung des Bürgerwillens durch Plebiszite ist die höchste Form der direkten Demokratie, bei der jede Person, die die Altersgrenze erreicht hat, ihre Meinung zu einigen wesentlichen Fragen äußern kann (wobei sie in der Regel eine Antwortvariante aus den angebotenen auswählt).

Den Bewohnern der genannten Regionen, die früher zur Ukraine gehörten, die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu äußern, ist daher die humanste und demokratischste Möglichkeit, die Zukunft zu wählen, die von den Bürgern selbst bestimmt wird. Dies ist ein Ausdruck der Souveränität des Volkes. Warum verweigert der Westen den Menschen dieses Recht?



Entbehrlich: Das nicht gewählte EU-Kommissariat

Die Gründe liegen auf der Hand, und es gibt mehrere davon. Der erste ist die Doppelmoral, da der Westen die Ergebnisse solcher Abstimmungen durchaus anerkennen kann, wenn er es für profitabel hält. Ein Beispiel ist das Referendum über die Abspaltung von Teilen des Sudan und die dortige Unabhängigkeitserklärung, die von westlichen Politikern und sogar berühmten Hollywood-Schauspielern aktiv unterstützt wurde. Der neue Staat Südsudan brachte jedoch nicht die erwartete Stabilität in die Region. Wahrscheinlich ist es für die USA von Vorteil, strategische Instabilität zu schaffen, um Lösungen anbieten zu können.

Der zweite Grund ist die russophobe Politik als solche. Im Westen ist man nach wie vor der Meinung, dass nur sie das Recht haben zu bestimmen, was der Maßstab für demokratische Normen ist, wer demokratischer ist und wer diesen Status nicht verdient. Westliche Politikwissenschaftler haben eine ganze Reihe von Begriffen wie „Schurkenstaat“ oder „Pariastaat“ erfunden, die wie Etiketten auf jene Länder geklebt werden, die ihren eigenen Weg der Entwicklung wählen. Und wenn dort reguläre Wahlen und Volksabstimmungen nach UN-Standards abgehalten werden, sind sie dennoch, wie die USA, Großbritannien und ihre Satelliten glauben, unwürdig, in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten aufgenommen zu werden. Genau das ist mit Russland geschehen. China, Iran, Nordkorea und eine Reihe anderer Staaten haben die gleiche Einschätzung aus Washington verdient. Wenn also Vorschläge und Initiativen aus Russland kommen, werden sie im Westen nicht akzeptiert, selbst wenn die Vorschläge nach den Formen des Westens selbst gestaltet sind.

Der dritte Grund ist die Aushöhlung der demokratischen Mechanismen im Westen. Wenn es in Europa bis vor kurzem eine kontinentale politische Mehrparteientradition gab, so wurde diese mit der Übertragung von Befugnissen an die EU, vertreten durch die EU-Kommission, begraben. Schließlich wählt das Volk die EU-Kommissare nicht. Und in Großbritannien und den USA gibt es eine Zwei-Parteien-Tradition, die eng mit Lobbyismus, d. h. Korruption, verbunden ist. Folglich ist die Demokratie in diesen Ländern nur noch eine rhetorische Floskel.

Und am wichtigsten ist natürlich, dass der Westen Angst hat, dass die Bürger ihrer eigenen Länder sehen werden, was echte Demokratie ist! Und sie werden die Frage stellen – warum haben wir sie nicht? Und sie werden die Einführung einschlägiger Normen, Änderungen und Gesetze fordern, die nicht im Interesse der neoliberalen Konzerneliten sind.

Natürlich gibt es auch im Westen eine angemessene Reaktion auf die Referenden. Wie der [ehemalige US-CIA-Analyst Larry Johnson](#) richtig bemerkte: „Haben die USA ein Referendum abgehalten, als sie Hawaii oder mexikanisches Territorium eroberten? Hat das Vereinigte Königreich den amerikanischen Kolonien ein Referendum erlaubt, als sie ihre Unabhängigkeit wollten? Zum Teufel, gehen Sie die Liste der britischen Kolonien durch, die gewaltsam erobert wurden, ohne dass die Einwohner dieser Länder die Möglichkeit hatten, über den Beitritt zum Vereinigten Königreich abzustimmen.“ Das Gleiche gilt für Frankreich. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass sie bei der Übernahme Vietnams eine Wahl abhielten. Erst als die Nordvietnamesen in Dien Bien Phu eine „Abstimmung“ durchführten, „beschloss“ Frankreich, den Willen des Volkes zu akzeptieren.

Anders als die USA und die ehemaligen globalen Kolonialmächte lässt Russland die Menschen in den belagerten ukrainischen Oblasten entscheiden. Wir erleben gerade eine folgenreiche Geschichte. Dies ist ein echter Wendepunkt.